

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“

Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Koblentz.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Koblentz.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/36.
Fernsprecher: Amt Koblentz Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22332

Anzeigen kosten: die 43 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.

Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Atern.

Nr 56

Sonnabend, den 9. Mai 1931.

44. Jahrgang

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Berlin, 7. Mai.

Im ehemaligen Herrenhaus in Berlin trat der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaft, als Gesamtsammlung der Landwirtschaftskammern zu seiner 61. Vollversammlung zusammen.

Die öffentliche Tagung wurde mit einer Rede des Präsidenten Dr. Brandes eröffnet. Er betonte, der Erfolg der deutschen Landwirtschaft müsse anerkannt werden, auch wenn es leider bisher nicht möglich gewesen sei, den Roggenpreis auf den Richtpreis von 230 RM zu bringen, von dem das Fortbestehen weiterer Teile der deutschen Landwirtschaft abhängt.

Sehr viel ungünstiger seien die Weizenpreise, und ein sehr trauriges Bild zeige die Preisentwicklung beim Obst- und Gemüsebau und bei Butter. Der Reichsminister für Volksernährung habe allein für Obstpreisen einen Einnahmeverlust von 50 Millionen RM im letzten Jahre zur Folge gehabt. Das sei wahrscheinlich mehr, als die ganze Obstflora für Obstpreisen bringe werde.

Die Not des Ostens greife jetzt nach Mitteleuropa, nach dem Westen und Süden über. Der Redner hob weiter hervor, daß sich die in ganz Deutschland bringend notwendigen Maßnahmen nicht durchzuführen lassen werde. Mit nur 13 Prozent der Tributverpflichtungen könnten die ganzen Steuern der Landwirtschaft der sechs Ostprovinzen abgedeckt werden.

Die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Reparationen und Weltwirtschaftliche allein achte oder nichts, wenn nicht die Regierung die entsprechenden Konsequenzen ziehe. Zeit zu warten liege nicht mehr.

Durch die Forderung für Baumaterialien, Holz, Güter, Schwämme und Fleisch liege es demnach anerkannt werden müsse, ein Schritt nach rechts getan. Aber die entsprechenden Schritte lägen jetzt beim Butterzoll, beim Obst- und Gemüsebau, bei den Spezialkulturen und in der Hilfe für die Landwirtschaft.

Reichsernährungsminister Schiele

überbrachte Grüße des Reichspräsidenten
Das Großereignis an dem deutschen Roggenmarkt sei agrarökonomisch mit Erfolg beendet. Die Ursache der Preisniveaus dürfe bei Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik als ausgeräumt gelten. Selbstverständlich gehe alles, um die Versorgung des Volkes mit Brot zu erträglichen Preisen möglich zu machen. Aber die natürliche Grenze der Möglichkeiten liege in einem Roggenpreis, der der Landwirtschaft die Existenz sichere. Es werde also an der bisherigen Zollpolitik festgehalten werden müssen. Auf die Dauer liege keine Volksernährung so teuer wie die von den internationalen Märkten abhängig.

„Jetzt, wo es darum gehe, der Landwirtschaft ihr Lebensrecht zu erkämpfen und den Grundbau der Berechtigten auch wieder für die Landwirtschaft durchzuführen, liegt die Ehre es nicht eine Parole geben: „Fort mit dem Kartellzwang, wo ihr ihn im eigenen Lager findet.“ Es liegt die gemeinsame Ehre des letzten Bauern und seiner politischen Führung ein an dem Brennpunkt des politischen Geschehens zur Rettung unseres gesamten Berufsstandes!“

Angenommen wurde eine Entschließung, in der wirksamster Preisdruck der Ergebnisse der Viehwirtschaft und der Milchproduktion, sofortige Verdoppelung des Butterzolls, Lösung der internationalen Bindungen des Käsejolls, des Eiersolls und der wichtigsten Obst- und Gemüsejolle verlangt werden.

Preussischer Landtag.

Polizeiverwaltung und Abstimmungen.

Berlin, 8. Mai.

Zu Beginn der Sitzung des Preussischen Landtags fordern die Kommunisten die sofortige Beratung eines Antrages, der die Aufhebung des Verbots des kommunikativen Zentralorgans der „Roten Fahne“, verlangt. Die sofortige Behandlung scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten.

Das Haus legt die zweite Lesung des Polizeiverwaltungsgesetzes fort, dessen Beratung zur Bormahme von Abstimmungen unterbrochen wird.

Beim Haushalt des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten

mit 208 Stimmen der Rechten gegen 165 Stimmen der Entschließungsantrag des Hauptauschusses angenommen, unter strenger Anwendung der bestehenden gesetzlichen Vorschriften die christlichen Kirchen und andere Religionsgesellschaften mit Korporationsrechten sowie ihre Einrichtungen vor öffentlichen Beschlagnahmen zu schützen, insbesondere öffentliche Umzüge zu verhindern, durch die die religiösen Gefühle verletzt werden. Damit ist die zweite Lesung des Haushalts des Staatsministeriums und des Ministerpräsidenten erledigt. Zur zweiten Lesung des

Haushalts des Finanzministeriums

finden die Ausschussanträge Annahme, die die alsbaldige Neuregelung von Amtsbeziehungen verlangen sowie Entlastung der Beamten der Katasterverwaltung, ferner Befreiung aller Ausnahmestellen gegen weibliche Beamte, stärkere Kontrolle der Notwendigkeit von Beamten,

Abbau übermäßig hoher Vergütungen für Nebenämter der Beamten und Befähigung der örtlichen Behörden bei Anstellungen. Mit den Stimmen der Rechtspartei und des Zentrums wird ein deutschnationaler Antrag angenommen, umgehend statistische Erhebungen darüber anzustellen, wieviel Angehörige des Zentrums seit dem 1. April 1920 im preussischen Staatsdienst zu Beamten ernannt oder befördert worden sind und wie sich diese Ziffern für den Dienstbereich der Zentrumsmitglieder stellen. In die Ausschussberatung wird der Zentrumsantrag überwiesen, bei Neueinstellung von Beamten die Kandidaten katholischen Bekenntnisses so lange zu bevorzugen, bis die zu Ungunsten der Katholiken bestehende Unparität wenigstens einigermaßen als beseitigt angesehen werden könne.

Gegen die Beamtenhege.

Dr. Hoepfer-Mischoff verteidigt die Beamtenhege.

Berlin, 7. Mai.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die zweite Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fortgesetzt, wobei vor allem Beamtenfragen zur Erörterung kamen. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Vorwurf zurückgewiesen, als betreibe die Sozialdemokratie

Fuhrerzettelprotest.

Vor dem Kriege seien von 423 Landräuten 238 adlig und lämlich konterrativ gewesen. Jetzt seien von 400 Landräuten nur 65 Sozialdemokraten. Ein Beamter, der sich nicht als Republikaner bekennet, gehöre nicht in die Staatsverwaltung. Von sozialparteilicher Seite wurde die Beamtenhege verteidigt, die die Grundlage des Staates darstelle. An ihren Rechten dürfe nicht gerüttelt werden.

Von Finanzminister Dr. Hoepfer-Mischoff wurde darauf hingewiesen, daß das Anwachsen der Pensionslasten eine Folge der vom Landtag früher beschlossenen Verbesserungen bei Pensionen aus sei. Jetzt seien etwa 1250 verordnungsfähige Vorgesetztenpensionäre vorhanden.

Der Minister befahte sich dann mit den verschiedenen Angriffen, die gegen das Beamtenamt gerichtet worden seien, und lehnte eine Neufassung ab, als sollte die Beamtenhege eine unpopuläre Bevölkerungsfrage sein. Volkswirtschaftlich gesehen seien die Kosten einer geordneten Verwaltung nichts anderes als Generalausgaben der Wirtschaft.

Das Riefendefizit.

Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1930.
Berlin, 8. Mai.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Ausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1930 (Beträge in Millionen RM). Im ordentlichen Haushalt wurden im ganzen 10 263,2 (Jahreslohn 11 632) eingenommen. Davon entfielen auf Steuern, Zölle und Abgaben 9024,9 (10 265,6). Ausgegeben wurden 11 251,8 (11 697,3). Mithin ist im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 988,6 zu verzeichnen.

Im außerordentlichen Haushalt beliefen sich die Einnahmen auf 261,9 (1939) und die Ausgaben auf 451,2 (567,3), also eine Mehrausgabe von 519,7. Der Nettobetrag aus dem Vorjahre im außerordentlichen Haushalt 771,7 betrug, ergibt sich ein Nettobetrag am Ende März 1931 von 261. Der Restbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug am 31. März 79, der Stand der schwebenden Schuld am selben Tage 1709,5 gegenüber 1580,4 am 28. Februar.

Die deutschen Vorschläge.

Veröffentlichung der Rüstungsziffern abgelehnt.

Genf, 8. Mai.

Die französische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note zur Weiterleitung an die Mitglieder des Völkerbundesrates übermittelt, in der zu den deutschen Vorschlägen auf uneingeschränkte Veröffentlichung der gesamten gegenseitigen Rüstungsziffern der Länder als Grundlage der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz Stellung genommen wird. Die deutsche Regierung hatte in Ergänzung dieses Vorschlages dem Generalsekretär des Völkerbundes in allen Einzelheiten ausgearbeitete Tabellen überliefert, auf Grund deren die obligatorische Veröffentlichung der gegenseitigen Rüstungsziffern durch die einzelnen Regierungen erfolgen sollte. Nach den deutschen Vorschlägen werden diese Tabellen auf der Tagung des Völkerbundesrates zur Erörterung gelangen.

Die französische Regierung lehnt in ihrer Note die deutschen Vorschläge im großen ab. Sie vertritt hierbei die Auffassung, daß eine Veröffentlichung der Rüstungsziffern keinen praktischen Wert für die Beurteilung der militärischen Stärke und der Rüstungsstärke der einzelnen Länder habe, da in erster Linie die Fähigkeit zur Rüstung der einzelnen Länder und die Entwicklung der Rüstungsindustrien geprüft werden müßte.

Die französische Regierung stellt sich auf den Standpunkt der englischen und fordert, daß die Veröffentlichung der Rüstungsausgaben auf Grund der von dem vorbereiteten Abrüstungsausschuss ausgearbeiteten Tabellen erfolgen soll. Nach deutscher Auffassung ermöglichen diese Tabellen in feiner Weise eine Überlicht und Vergleichbarkeit der Rüstun-

gen der einzelnen Länder und entsprechen keineswegs dem deutschen Ziele, daß die Abrüstungskonferenz sich ein uneingeschränktes Bild von dem Stand der Rüstungen machen müsse.

Briands Generalprobe.

Die neue Tagung der Pariser Kammer.

Paris, 8. Mai.

Die Pariser Kammer hat ihre Arbeiten nach der Osterpause wieder aufgenommen. Der Kampf um die Verabschiedung des Budgets war heiß. Aber das Kabinett hat damals sein Ziel erreicht. Inzwischen steht die innere französische Politik im Zeichen der Präsidentenwahl, der sich Senat und Kammer am 13. Mai als Nationalversammlung vereinigen.

Alles, was jetzt parlamentarisch in Paris geschieht, ist eine Generalprobe für diesen großen Staatsakt, der für die innere Politik Frankreichs in den kommenden sieben Jahren entscheidend werden kann.

Bei dieser Generalprobe wird die Hauptrolle Briand spielen, und von dem Erfolg dieser Generalprobe wird es abhängen, ob der Titelheld des Dramas am 13. Mai von demselben Mann gegeben werden wird wie jetzt. Tatsächlich entscheidet der Ausgang der großen außerpolitischen Aussprache die Präsidentenwahlkommission des französischen Außenministers. Wenn auch bis zur Stunde noch niemand sagen kann, ob Briand tatsächlich sich zur Wahl stellen wird, er selbst scheint es davon abhängig gemacht zu haben, ob er das Vertrauen der Kammer im weitesten Maße noch besitzt oder nicht.

Die Opponenten, die ihn auf seinen Fall ins Eingekerkerte ziehen wollen, sehen sich deshalb gezwungen, jetzt ihre stärksten Geldkräfte aufzubringen.

So wird Briand sehr leicht überleben können, welche Kräfte gegen ihn stehen und wieviel Truppen er auf sich selbst vereinigen kann. So wie gegenwärtig die politische Stimmung in den maßgeblichen Kreisen von Paris charakterisiert wird, ist jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß tatsächlich Briand Triumphtor sein wird. Vieles, alles vieles spricht schieflich dafür, daß er selbst die Gelegenheit benutzen wird, um einen Wechsel in der Leitung der französischen Außenpolitik zu ermöglichen, ohne dabei seinen weittragenden Einfluß auf den politischen Kurs Frankreichs einbüßen zu müssen.

Neue Stottenerhandlungen.

Die Rückkehr des französischen Delegierten bei den Stottenerhandlungen wird in politischen Kreisen außerordentlich beachtet. Maßvoll nimmt nun, nachdem er sowohl mit dem Ministerpräsidenten Dauph wie auch mit Briand und dem Marineminister Beziehungen gehabt hat, die Fühlung mit dem englischen und dem italienischen Delegierten wieder auf.

In der französischen Presse ist eine optimistische Note spürbar.

Allerdings fragt man bereits besorgt, welche Zugeständnisse Frankreich den Engländern noch machen würde, damit England das bei den Stottenerhandlungen konziliant, was es bisher verweigert hat.

Im Zeichen der Verständigung.

Besuch deutscher Polizeibeamten in Paris.

Paris, 8. Mai.

Eine Abordnung von 50 deutschen Polizeibeamten aus den großen westfälischen, rheinischen und hessisch-nassauischen Städten ist in Reims eingetroffen. Von der südlichen Polizeibehörde im Verein mit den Justizbehörden wurde ihnen im Rathaus ein Ehrenruhm gereicht.

Die deutschen Gäste haben nach am gleichen Tage ihre Reise nach Paris fortgesetzt, wo sie in den Abendstunden eintrafen. Das Landesinspektor der Polizeibeamten von Frankreich und den Kolonien hat die deutschen Besucher zur Kolonialausstellung eingeladen und zur Teilnahme an dem in den nächsten Tagen in Tours stattfindenden internationalen Kongreß. Die deutschen Gäste werden bereits am Sonntag wieder nach Deutschland zurückkehren.

Rumänische Schwierigkeiten.

Erschöpfung in Bukarest.

Die deutsche Art, in der die Reichsregierung der rumänischen Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie sich mit der Behandlung der Handelsvertragsfragen, die man in Bukarest beliebt, nicht abfinden vermag, hat in Rumänien sehr ernüchternd gewirkt. Zuerst waren es die rumänischen Wirtschaftskreise, die in klarer Erkenntnis die rumänischen Verhältnisse des Handelsvertrags mit Deutschland für die ernachdenkliche Vorteile die Wiederaufnahme der Handelsvertragsverhandlungen lebhaft begrüßt hatten, und die nun aus ihrer Enttäuschung, ja aus ihrer Befürzung kein Hehl machen.

Dann aber hat man auch in politischen Kreisen erkannt, daß die Unbestimmtheit, mit der man das deutsche Entgegenkommen hinsichtlich des Verhandlungsortes und des Verhandlungstermins beiseite geschoben hatte, den denkbar ungünstigsten Eindruck machen muß, und kaum war der Eärm etwas abgeebbt, den die Konkurrenz der kleinen Entente dank der Unklarheit des tschechoslowakischen Außen-

miniften Bereich in der rumänischen Hauptstadt bewirkt hatte, so ist man in veranlassung rumänischen Kreisen zu einer sachlicheren Beurteilung des Wertes der verjüngten Verbindungen gekommen und hat eingesehen, wie notwendig es ist, den fallengelassenen Draht nach Berlin wiederanzunehmen.

Nachdem die Reichsregierung erklärt hat, daß ihr Interesse an einer Initiative in der Frage der deutsch-rumänischen Verhandlungen erloschen ist, und daß jeder weitere Schritt für eine Wiederaufnahme der Beratungen von Rumänien ausgeht, hat sich man dort Mitter und Wege, den äußerlich nichtigsten geringfügigen Zwischenfall aus der Welt zu schaffen, der in seiner grundsätzlichen Bedeutung doch mit aller Deutlichkeit für Rumänien den Zwang zeigt, Stellung zu nehmen und sich zu entscheiden.

Deutsche Tagesschau.

Die Klage abgewiesen.

Berlin, 9. Mai.

Die 36. Zivilkammer beim Landgericht I wies die Klage des Reichsverbandes für deutsche Gefrierfleischfabrikanten, des Verbandes deutscher Kühlhäuser und des Zentralverbandes Deutscher Konsumgenossenschaften gegen das Deutsche Reich auf Kosten der Kläger ab.

Bekanntlich hatten diese drei Verbände gegen das Deutsche Reich eine Schadenersatzklage angebracht, die sich vorläufig auf je 10 000 M. erstreckte, wenn auch die wirtschaftliche Schadenersatzforderung, die nur der Kosten wegen nicht sofort in voller Umfang eingeklagt worden war, in die Millionen ging. Die Klage stützte sich bekanntlich darauf, daß die klagenden Verbände große Kapitalien in Kühlhäusern und Kühlkellern investiert hätten, und zwar in Vertrauen auf die Verordnung vom 8. November 1923, in der eine geringfügige Schutzfrist für die Gefrierfleischfabrikation vorgehoben war. Durch das neue Gesetz, das eine weitere Gefrierfleischfabrikation verboten habe, sei den Verbänden großer Schaden entstanden.

Abänderung des deutsch-englischen Luftverkehrsabkommens.

Am Auswärtigen Amt hat der Austausch der Ratifikationsurkunden zu dem am 5. Juli 1930 in Berlin zwischen dem Deutschen Reich und Großbritannien abgeschlossenen Abkommen über Abänderung des deutsch-englischen Luftverkehrsabkommens vom 29. Juni 1927 stattgefunden.

Für baldige Aufhebung des Youngplans.

Der Württembergische Landtag nahm mit großer Mehrheit einen gemeinsamen Antrag der Regierungsparteien an, wonach der Youngplan so bald wie möglich aufgehoben werden soll. Weiter wurde beschlossen, die Gesamtschuld in Märschen vom 1. April 1933 ab aufzugeben.

Vor der Entscheidung im Konflikt Reich-Bayern.

In den Kreisen der bayerischen Regierung und der Bayerischen Volkspartei herrscht nach wie vor die feste Überzeugung, daß für eine glückliche Einigung zwischen der Reichsregierung und der bayerischen Regierung in der Frage des Steuervereinfachungsgesetzes nur recht geringe Ausflüchte vorhanden seien. Auch im Laufe der nächsten Stunden erwartet man die endgültige Entscheidung. Es besteht aber kaum Hoffnung, den Bruch zu vermeiden.

Auslands-Rundschau.

Was kostet der neue belgische Besetzungszustand?

Der belgische Kriegsmilitär beendete seine Rede über die Verteidigung der Grenzen. Der ursprüngliche Plan ist in dem Sinne erreicht worden, daß ein Verteidigungsgürtel westlich der Maas errichtet werden soll. Die Befestigungen sollen auf der Linie Arlon-Bastogne-Hofalize-Seraing-Gouvy gebaut werden. Dieser Verteidigungsgürtel schließt sich der Linie Namur-Gülich-Entwepren-Genon an. Die Ausgaben hierfür werden 350 Millionen Franken betragen, ferner 250 Millionen für schwere Artillerie. In der Aussprache bestritt ein Sozialist, daß Deutschland unbewaffnet sei und keine Hilfsmittel besitze, um sich zum Kriege zu rüsten. Es sei geradezu verkehrter, mit der „deutschen Gefahr“ zu drohen, um dadurch die Zustimmung zu den Militärkrediten zu erreichen.

Der Kontrollauschuss für die österreichische Völkerverbandsangelegenheit.

Der Kontrollauschuss für die österreichische Völkerverbandsangelegenheit des Rates der Nationen hat am 12. Mai nach Genf einberufen worden. Da das Telegramm erst jetzt in Wien eingetroffen ist, sind noch keine endgültigen Verfügungen über die Vertretung Österreichs in dieser Sitzung getroffen worden.

Schaffung kommunistischer Tätigkeiten in Polen.

Die polnischen Sicherheitsbehörden haben in Gnesznowo zahlreiche Hausdurchsuchungen durchgeführt und sieben führende Kommunisten verhaftet. Diese Verhaftungen stehen im Zusammenhang mit den vor kurzem aufgehobenen und im ganzen Zarenreich Gebiet verbreiteten kommunistischen Berufsorganisationen. Erst vor einigen Tagen wurden in dieser Gegend etwa dreißig Kommunisten verhaftet. Wie aus Warschau gemeldet wird, wurde dort die jüdische Lehrerbildungsanstalt gleichfalls unter dem Vorwand, daß ein großer Teil der Schöpfung kommunistischer Organisationen angehöre, geschlossen.

Der Abbruch der deutsch-rumänischen Verhandlungen.

Im Außenministerium herrscht große Verwirrung über den Abbruch der deutsch-rumänischen Wirtschaftsverhandlungen, der angeblich in erster Linie aus dem Konto des neuen Außenministers Ohlta kommt. Ohlta verfuhr, unter dem Einfluß von Beneß und der Franzosen die Verhandlungen zu hinterziehen. Man wirft Ohlta vor, daß er in dieser für Rumänien hochwichtigen Frage ganz selbständig gehandelt habe. Ein dauernder Abbruch der Verhandlungen mit Deutschland würde die Verwertung der Ernte und damit die Staatsfinanzen hart bedrohen.

Kleine politische Meldungen.

Das Verbot der „Roten Fahne“. Das Berliner Polizeipräsidium teilt mit: Auf Grund des Gesetzes zum Schutze der Republik ist die in Berlin erscheinende Tageszeitung „Die Rote Fahne“ auf die Dauer von 14 Tagen mit sofortiger Wirkung bis zum 21. Mai d. S. einschlägig verboten worden.

Hygieneausstellung Dresden 1931 eröffnet. Die Internationale Hygieneausstellung in Dresden wurde feierlich eröffnet.

Abnahme der Arbeitslosigkeit in Frankreich. Wie der statistische Bericht vom 25. April erkennen läßt, ist die Zahl der Arbeitslosen in Frankreich weiterhin im Sinken begriffen und beträgt jetzt insgesamt 4 892 000.

Die Pariser Kolonialausstellung eröffnet. Die Pariser Kolonialausstellung ist unter Entfaltung militärischer Gepränge und unter dem Donner von 101 Geschüssen vom Präsidenten der französischen Republik eröffnet worden.

Aus der Umgegend

Reha, 9. Mai.

— **Aus Für und Wald.** Der Regen der letzten Tage und Nächte haben das junge Grün in überaus schöner Weise zur Entfaltung gebracht. Die Mairosen haben ihren Lichtantrieb. Die ersten Kirschenbäume tragen im duftigen Blütenstand, die sonnigen Hände sind überfüllt mit weißen, Anemonen und Simeonblümchen. Wohin das Auge schaut, sieht, froht und blüht es. Zufall erklingt der Ruf des Sturms und die munteren Schwalben sind am Nestbau. Der Frühling hat sich wieder eingestellt. Hoffentlich betragen sich die drei Heiligen nicht gar zu rauch, damit die zarte Blütenpracht, nach der sich das Menschenherz schon so lange gelehnt hat, nicht jählings zerfällt wird.

— **Mittwoch.** Ueberraschend schnell hat sich in den letzten Jahren die Feier des Muttertages eingebürgert. Einfuhrreiche Organisationen, so z. B. die Evangelische Frauenhilfe, haben sich der Sache angenommen und dafür gesorgt, daß die Feier in die richtigen Bahnen gelenkt wurde. Sammlungen für Erholungsheim wurden durchgeführt, besondere Feiern für alte und einsame Mütter veranstaltet, Muttertagspredigten gehalten, Zeitungsartikel geschrieben und was dergleichen mehr ist. Allerdings haben alle diese Anstrengungen mit dem Kern der Sache nur verhältnismäßig wenig zu tun. Auf sie kommt es erst in letzter Linie an, wie man überhaupt den ganzen äußeren Rahmen entbehren könnte, wenn die Sache als solche überall den richtigen Verständnis begegnete. Die richtige innere Einstellung zu Muttertum und Mütterlichkeit kann man ja doch durch Vorträge und Zeitungsartikel nicht schaffen, ebenso wenig wie man ein Kind auf diese Weise lehren kann, Vater und Mutter zu ehren. Hier müssen ganz persönliche Kräfte eingeleitet werden, die auf alles äußere Drum und Dran Verzicht leisten und mit gutem Beispiel vorangehen. Mütter in diesem Sinne der diesjährigen Muttertag gefeiert werden. Hoffentlich trägt er dazu bei, verhärtete Herzen wieder zu erweichen. Der Befand und die Zukunft des deutschen Volkes hängt von seinen Müttern ab.

— **Zum Muttertag.** Es sei auch an dieser Stelle auf die Muttertagsfeier aufmerksam gemacht, die Sonntagabend 8 Uhr im Reichsleiteraal stattfinden soll.

— **Der Männer-Gefangenenrat** bezieht am heutigen Abend (Sonntag) im Goltshof „Zur Sorge“ seinen Unterhaltungsabend. In Sängerkreisen ist immer der Frosthauch, aber auch Gäste dürfen sich dort, wo man finst, ruhig niederlassen, sie werden heitere Menschen antreffen und keine Zwangswelle haben.

— **Frühlingszug im Sälghaus.** Am Sonntag soll der heilige Frühling in unsern Sälghäusern feierlich begrüßt werden. Unsere Großfamilie hat zwei Kapellen für den Festakt und der Zug ist frei. Der Wirt fertigt Mat-Bohle, Wannen-Bohle und andere die Jung und den Gaumen reizende Getränke. Der Frühling soll also auch mit einem freundlichen Profit begrüßt werden.

— **Die Stadt-Virtuose** bringen ihr regelmäßiges am Sonntagprogramm, damit jeder Kinobesucher rechnen. Zwei große Filme kommen am Sonntagabend wieder zur Abrolung, die zum Nachdenken anregen, aber auch mit Humor durchflutet sind.

— **Baupar-Vortrag.** Die deutsche Eigenheimbewegung hat in den letzten Jahren einen ganz bedeutenden Umfang angenommen. Bekanntlich haben sich zu einem gemeinsamen Zweckverein verbunden, um auf diese Weise billiges Bauland für den Eigenheimbau zu beschaffen. Während in dieser Bewegung ist die Gemeinschaft der Freunde in Ludwigslust in Württemberg, die bereits für 11 337 ihrer Bauparler über 170 M. M. Baugelber für den Eigenheimbau bereitgestellt hat. Am 12. Mai, abends 8 Uhr, hält Herr O. Mittelström-Beimar in Reha im Reichsleiteraal einen Vortrag über die Grundlagen dieses Unternehmens, auf den hiermit hingewiesen sei. Der Eintritt zu dem Vortrag ist frei.

— **Die Freiwillige Sanitätskolonne vom Roten Kreuz** hielt am letzten Sonntag ihre Generalsammlung im Reichsleiteraal. Der Vorsitzende erläuterte den Jahresbericht, der zum Teil auch für weitere Kreise Interesse haben dürfte. Die Kolonne zählt gegenwärtig 48 ordentliche Mitglieder, hiervon wohnen 26 in der Stadt, 22 in dem zum Tätigkeitsbereich der Kolonne gehörenden Dörfern. Alle Mitglieder sind als Kranken- und als Desinfektoren ausgebildet. Im Bereich der Kolonne sind 15 Unfallmeldestellen eingerichtet: 6 in der Stadt, 9 in den Dörfern Altmenda, Kleinwangen, Weichenhirschbach, Reinsdorf, Wehendorf, Garsdorf, Steiga, Galsendorf und Jüdenhof. Die Kolonne verfügt über 3 Kranentransportwagen, 17 Kranenträger, 20 Verbandstaschen, 1 Wiederbelebungsmittel (Vulmotor), 1 Schneewerfer zur Hilfe bei nächtlichen Unfällen. In 256 Fällen wurden die Einrichtungen der Kolonne in Anspruch genommen. 32 Kranentransporte, teils in das hiesige Johanniter-Krankenhaus, teils nach auswärts in Altminda nach Naumburg, Halle und Schmölln wurden ausgeführt; fünf davon entfallen auf den Straßenhilfsdienst. Bei Unfällen, Veranlassungen zur Hilfe der Kolonne, bei Volksfesten trat die Kolonne 14 Mal in Tätigkeit, zweimal bei Feuerbränden, viermal bei Frost- und Grundentwässerungen, fünfmal im Straßenhilfsdienst. Mit den Kolonnen des Elber-Sozial-Verkehrs und des Gauverbandes Duerfurt hielt die Bewertungsausgaben in Takt mit Leuten und in Reha ab. Eine nächtliche Alarmierung, bei der ein Auto-Unfall auf der Wehendorfer Straße angenommen wurde, zeigte die Bereitschaft der Kolonne und über die angelegten Verbände und sonstige Hilfsmittelmaßnahmen äußerte sich der leitende Kolonnenarzt nicht ungenügend. Wer hilft mit? Die Kolonne kann immer neue Kräfte brauchen.

— **Der Haus- und Grundbesitzerverein** in Reha hielt am Sonntag, dem 2. Mai, im Hotel „Sorge“ eine sehr gut besuchte Mitgliederversammlung ab. Das Vorstandsmittglied Herr Rudolph Weißig eröffnete anstelle des durch Krankheit leider verhinderten 1. Vorsitzenden Herrn Barthel die Versammlung um 8 45 Uhr. Nach einigen geschäftlichen Mitteilungen erteilte Herr Clemens, Geschäftsführer vom Regierungsbetriebsverband das Wort zu seinem hochinteressanten Vortrag: „Am Sein oder Nichtsein!“ Der Referent führte etwa folgendes aus: Alle Zwangsangelegenheit beruht auf Selbstüberwindung der öffentlichen Gewalt, um dem Wahn, daß man die wirtschaftlichen Kräfte kommandieren kann, und implandie ist, sie je nach Bedarf ein- und auszufahren. Seit 12 Jahren leiden wir unter

dem Joch der Wohnungszwangswirtschaft, die sich verheerend und verderblich erwiesen hat. Allmählich sieht man heute bis in die Regierungskreise hinein bereits ein, daß sich die Wohnungszwangswirtschaft auf unsere ganze Wirtschaft im ungenügenden Sinne auswirkt, die Notwendigkeit der Aufhebung wird daher immer dringender. Aus der Gefährdung ist ersichtlich, daß die Epochen geistigen und wirtschaftlichen Hochstandes nur unter der Herrschaft solcher Staatsweisen angestreift sind, deren Maßgebungsprinzip in der Wahrung des Rechtes und der Ordnung, nach Maßgabe der Gesetze ihre Grenzen finden. Sietrauf begründete der Referent in längerer Ausführungen die Notwendigkeit des Abbaues der Wohnungszwangswirtschaft: 1) aus Gründen des guten Rechtes, nachdem die angelegte Wohnungsnote nicht mehr als Vorwand benutzt werden kann. — In allen anderen Zweigen des Wirtschaftslebens ist die Zwangswirtschaft beseitigt, im Wohnwesen nicht, und das zum Schaden der gesamten Wirtschaft, wobei eine gewisse Schädigung des Rechtslebens nicht abzuleugnen ist. Nicht zu verneinen ist, daß politische Gründe (Sozialisierung des Wohnwesens und des Hausbesitzes) miteinfließen. Durch diese Verordnung, sowie durch die Überlastung (Haussteuer) wurde der Hausbesitz mehr und mehr entwertet, jedoch es schon eine Reihe Säuler gab, die nicht mehr verlässlich sind. Ein großer Teil des deutschen Volkvermögens liegt im Haus- und Grundbesitz; die Reinigung unseres Wirtschaftslebens hinge viel davon ab, eben diesen Haus- und Grundbesitz wieder ertragsreich und somit fruchtbar zu gestalten. Lediglich bedenklich dem Riesen-Verwaltungsapparat, den die Wohnungszwangswirtschaft erfordert und die damit verbundenen Kostenstellen. Ein unhaltbares System herrsche bzgl. Ermittlung der Einheitswerte. Man frage, dem Wohnungsmarkt fänden keine Kapitalien zur Verfügung, überseht hierbei jedoch, daß durch die Zwangswirtschaft die Anlage des Privatkapitals auf dem Wohnungs- und Baupar abgedrückt wird und will nicht sehen, wie dieses Kapital ins Ausland flieht. Die Wohnungszwangswirtschaft muß fallen, hierfür sprechen einträgliche geundheutliche und sittliche Gründe, abgesehen von sozialen Gründen. Aus der gleichmäßigen Miete ist mit Bewußtsein die Rente für die Hausbesitzer so gut wie ausgemerzt. Es gibt soziale Handlungen, aber auch sozialistischen Terror. Die gegenwärtige Seite meint, die gegenwärtigen Raumverhältnisse liegen einen Abbau nicht zu. Diese Entschuldigung könne jedoch nicht unterzeichnet werden, denn alle bisherigen Vordrängungsmaßnahmen seien reibungslos und ohne irgendwelche Nachteile verlaufen. Bei einer richtigen Raumverteilung sei von Wohnungsnot heute gewiß keine Rede mehr. Vor dem Kriege repräsentierte der deutsche Hausbesitz die schöne Summe von 120 Milliarden Mark; hält man einen so ausschlaggebenden Wirtschaftskreis künstlich nieder, kann er nicht mehr existenzfähig sein. Da der Hausbesitzer seinen Gegner im preußischen Abgeordnetenhaus findet, beteiligt er sich ausgiebig mit am Volksgehören und wird dies auch beim Volkstreffen tun, weil er deutsch denkt und sein Vaterland liebt.

Nach einer kurzen Pause führte Herr Oberinspektor Maad etwa folgendes aus: Ist die heute jeder Hausbesitzer seiner Vermögensverhältnisse und der ihm drohenden Gefahren bewußt? Nicht jeder, denn sonst dürfte der Saal für die erlesenen Hausbesitzer bei weitem nicht ausreichen. Grundsätzlich ist es, dem Hausbesitzer Egoismus vorzuerwerfen, wie dieses mehrfach geschehe, denn der Kampf des Hausbesitzers geht nicht nur seinem Wohl, sondern dem Wohl des ganzen, so wichtigen Mittelstandes, ja, dadurch zugleich dem ganzen Volke. Man möge den künstlich zwischen Hauswirt und Mieter hineintragenden Zwist nur beseitigen und vernünftige Aufklärung bringen, dann würden auch andere Kreise von dieser Wahrheit leicht zu überzeugen sein. Man solle nur mit dem Abbau der Wohnungszwangswirtschaft unversöhnlich beginnen, dann würde die Abkehr Verhältnis automatisch besser, dann würde auch gebaut und hierdurch für Arbeit gesorgt. Unmöglich sei, zu glauben, die Hauswirte würden anschließend unerträgliche Mieten fordern. Würde ein Vermieter hierauf herabfallen, Hände bestimmt seine Wohnung leer, woran er kein Interesse hätte. Nein, im Gegenteil, es ist Tatsache, daß große Wohnungen, die sich bereits außerhalb der Wohnungszwangswirtschaft befinden, freiwillig für billiger wie früher angeboten werden. Man bedürftigste, allmählich ist die Wohnungsnot durch Mieternot abgelöst. Sietrauf ging Heber auf die steuerlichen Belastungen, insbesondere auf die Haussteuer ein, und verlangte eine gerechte Steuerumverteilung. Dringend forderte er auf, sich auch hier ein zusammenzuschließen, denn immer neue Belastungen würden ausgeföhrt. Der Einzelne sei machtlos, nur ein gewaltiger Zusammenstoß hätte Aussicht auf erfolgreiche Kampf. Unmöglich sei es, andere für sich kämpfen zu lassen und faul beiseite zu liegen, zum Schaden der gesamten Völkerverteilung, die anerkannt und gerecht ist. Die traurige Vergangenheit und Gegenwart zügend den Hausbesitzer ja direkt, etwas zu unternehmen, zum Wohle seiner Familie und seiner Mitmenschen, denn hätte er seinen Besitz verloren, sei er unweiderrichtig barm und die letzten Anstöße seien verpaßt. Starke Organisation sei heute für alle Hausbesitzer die Lösung und Behebung der eigenen Einrichtungen ein Gebot der Stunde, denn sehr viel trage es aus, ob Kapitalien heute für oder gegen den Hausbesitzer arbeiten.

Wenden Rednern wurde herzlich für ihre Ausführungen gedankt, worauf sich noch eine sehr erregende Aussprache ergab. Erst spät trennte man sich mit dem Bewußtsein, alles zu tun, um den bestehenden Verein weiter zu stärken zum Wohle aller und leuchtendsten Vorbild für andere Hausbesitzervereine, die an sich noch befinden am Wege blühen.

— **Die Unkrut** ist nach den Regengüssen der letzten Tage sehr gelitten, die Wälderflächen haben jedoch die Afer noch nicht überdriegt und es ist wohl auch eine Hochwassergefahr kaum zu befürchten, wenn nicht weitere Regengüsse starke Wasserflüsse durch die Helme verursachen.

— **Strokenperre.** Die Straße von Großwangen nach Wemleben wird wegen Neupflasterung vom Montag, dem 11. Mai, bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird über Orlas, Wippa, Reba verlaufen. — Die Straße von Reha nach Langendorf wird wegen Neupflasterung vom Montag, dem 11. Mai, bis auf weiteres gesperrt. Der Verkehr wird über den Kommunikationsweg Reha-Reha-Langendorf und umgekehrt verlaufen. — Die

ALLE
WOCHEN
IMMER GLEICH GUT KOCHEN

Lanella
MARGARINE

1/2 **tt** **35**
DIE FEINE
PREISWERT WIE KEINE

Bekanntmachung.

Ein **Damenfahrrad** ist als gefunden abgeliefert worden.

Nebra, den 7. Mai 1931.

Die **Polizeiverwaltung**, Grünberg.

Betr. Erst- und Wiederimpfungen für 1931.

Das diesjährige Impfschicht für die Stadt Nebra findet wie folgt statt:

- a) **Erstimpfung** am Dienstag, den 12. Mai 1931, vormittags 11 Uhr in dem neuen Schulgebäude.
- b) **Wiederimpfung** am Dienstag, den 12. Mai 1931, vormittags 12 Uhr in dem neuen Schulgebäude.

Die **Impfschau** findet am Dienstag, den 19. Mai 1931, vormittags 11 Uhr statt.

Der **Impfung** sind diejenigen Kinder unterworfen, welche

- a) im Jahre 1930 geboren sind,
- b) in früheren Jahren geboren, aber noch nicht, oder ohne Erfolg geimpft worden sind,
- c) sämtliche Schulfinder, die 1919 geboren sind, und diejenigen Schulfinder, die in früheren Jahren noch nicht, oder ohne Erfolg geimpft worden sind.

Die **Eltern, Pflegeeltern** bzw. **Vormünder** der impfpflichtigen Kinder werden hierdurch aufgefordert, die Kinder zu dem anberaumten Termin vorzustellen. Aus solchen Häusern, in welchen Erkrankungen an **Matern, Scharlach, Diphtherie, Keuchhusten** oder **Typhus** vorgekommen sind, oder wo natürliche Boden besäen, dürfen Kinder zu den anberaumten Impfterminen nicht gebracht werden. Auch haben sich **Erwachsene** aus solchen Häusern von öffentlichen Impfterminen fernzuhalten.

Nebra, den 7. Mai 1931.

Die **Polizeiverwaltung**, Grünberg.

Holz-Verkauf
Forstrevier Nebra.

Im **Gasthaus zu Wippach** am Dienstag, den 12. Mai 1931, gelangen aus den Abteilungen 2, 3, 6 und 11 nachstehende **Brennhölzer** meistbietend gegen Barzahlung zum Verkauf.

- ca. 320 rm **Buchenscheite**
 - ca. 10 rm **Buchensknüppel**
 - ca. 110 rm **Buchenskeilig I. Klasse**
 - ca. 13 rm **Fichten- und Kiefernknüppel** (2 m lang)
- Zusammenkunft 10^{1/2} Uhr vormittags.

Verkaufbedingungen werden im Termin bekannt gegeben.

Wippach, den 8. Mai 1931.

von **Heiltdorf'sche Forstverwaltung**.

Der geehrten **Einwohnerschaft** von Nebra und Umgegend zur gefälligen Kenntnisnahme, daß ich das Geschäft meines verstorbenen Ehegatten in **unveränderter Weise weiterführe**.

Das meinem verstorbenen Ehegatten entgegengebrachte Vertrauen bitte ich auch auf mich zu übertragen.

Hochachtungsvoll

Wwe. Ida Brüdner
geb. Kühn.

Nebra, den 8. Mai 1931.

Nebraer Sportvereinigung 1924

Zu unserem am **Himmelfahrtstage**, den 14. Mai 1930, abends 8 Uhr im **Schützenhaus** stattfindenden

Frühlings-Vergnügen

laden wir **Freunde** und **Gönner** unserer Vereinigung hierdurch herzlich ein.

Der **Vorstand**

Drucksachen

liefert **prompt** und **preiswert** die aller Art für alle **Geschäftszwecke** für jeden **Privatbedarf** in besten **Ausführungen**

Buchdruckerei Wilh. Sauer

Sonntag, den 10. Mai 1931, abends 8 Uhr im Saale des „**Ratskellers**“:

Kirchliche Muttertags-Feier

Lieder und Gedichte der Kleinen, der Konfirmanden und jungen Mädchen.

Jedermann ist herzlich eingeladen. — — Eintritt frei.

„Zur Sorge“, Nebra

Sonntag, den 10. Mai, von abends 8 Uhr an

Dienzbetrieb

Moderne **Jazzmusik** **Neueste Schlager**

— **Tanzgeld frei!** —

Es laden ergebenst ein

Stein. **Bernschein.**

Stadt-Lichtspiele Prenß. Hof

Sonntag, den 10. Mai, abends 8^{1/4} Uhr:

„Wer hat Robby gesehen“

(mit Carlo Albini)

Ferner:

„Pami“

Es ladet freundlichst ein **Borgwardt.**



1705 Mill. RM Baugeld

wurden in 6 Jahren für insgesamt 11337 Eigenheime von der **GDf** bereitgestellt. Die **GDf** gibt unkündbare Darlehen — mit **Lebensversicherungsgeschutz** — bei billigem Zins.

Am **Dienstag**, den 12. Mai 1931, abends 8 Uhr findet in Nebra im „**Ratskeller**“ ein

Vortrag

statt, der jedermann Gelegenheit bietet sich von der **Leistungsfähigkeit** der ältesten und größten **Bausparkasse** in Deutschland und Österreich selbst zu überzeugen. Verlangen Sie **Auskunftschrift** von der

Bausparkasse
Gemeinschaft der Freunde Wülftenrot
Gemeinnützige Gesellschaft m. b. H. in **Ludwigsburg**
Geschäftsstelle **Erfurt**,
Lange Brücke 53/4.

Färberei! Bartels-Haumburg a. S.

Chem. Reinigung — **Großwäscherei**

Gefärbtes Kleid — gespartes Geld

30jährige Erfahrungen

Annahmestelle: **Nebra, Emil Krey**



Wo gibt es KAFFEE HAG

den **coffeinfreien Bohnenkaffee?**

Stets frisch zu haben bei:

R. Barthel, Nebra

Es steht in der WOCHE:
Neben zu aller Welt in vorzüglichen Kopierdruck-Bildern, Aufzügen aus allen Ländern und Wissenschaften, über Kunst, Theater, Film, Musik, Technik, Natur-, Erde- und Völkerverständigung, Philosophie, Märchen, Land- und Volkswirtschaft, Fabeln und Volkswörter, Romane, Novellen, Gedichte, Anekdoten, Erzählungen, Lebensbeschreibungen, Erträge und Heitere, Worte und viel mehr!



Wer die „WOCHE“ liest, liest **Waldgesehen**. Lesen Sie sie auch! Jedes Heft für 50 Pfennig!

Kanholz-Listen

- Hobeldielen • **Stab Bretter**
- Stahlbretter • **Dachlatten**
- Tischlerbretter in Kiefer u. Fichte
- Bayerische und Polnische Kiefer**
- Zaunsäulen u. -Latten**
- Gottschalk & Sauer**

Fernruf 263 Am Bahnhof



Wer den ganzen Tag gehen u. stehen muss...

sollte nur **Wolko-Schuhe** tragen. Er freut sich dann jeden Tag über die bequeme Passform, die dem Fuß genügend Raum zum Atmen lässt. Grosse Auswahl besonders bequemer Schuhe und Stiefel für Damen, Herren und Knaben. (Auch Zug- und Schnallenstiefel).

Einheitspreise

10⁷⁵ 12⁷⁵
8⁷⁵ 14⁷⁵

2000 Verkaufsstellen

Alleinverkauf für Nebra u. Umg.: **Schuhhaus Hermann Sachse**
NEBRA Bahnhofstraße NEBRA

Wer verkauft sein Haus

eufl. mit **Geschäft** oder sonst. Anwesen hier oder Umgebung? Nur **Angebote** direkt vom **Verfüger** unter **V. 35** an den **Verlag der „Ermitt. u. Verkaufszentrale“**, Frankfurt a. M., Goetheplatz 22.

Tausende von Menschen

bedanken ihren geliebten, tiefen Schlaf und ihre **getrübten Nerven** um

Baldravin

1/2 Fl. RM 2,50,
1 Fl. RM 4,50,
Stk. RM 2,50.

Zu haben: in allen **Apotheken**.

Sommerprossen

werden unter **Garantie** durch **VENUS** (Stärke B) beseitigt. Preis **1,25** umsetzt

In Nebra.: **Adler-Drogerie** W. Gutsmuths

Elegantelle Welt

Das **tonangebende** Mode- und **Gesellschaftsblatt**

PREIS PRO HEFT 1 RM
QUARTAL 6 RM

Probenummern gratis u. franko

Verlag: **Dr. Settle-Evster A-G**, Berlin SW 68

Nebrauer Anzeiger

Ämtliches Blatt des Magistrats, der Polizeiverwaltung und des Amtsgerichts der Stadt Nebra

Erscheint wöchentlich dreimal: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend mit den illustrierten Wochenbeilagen: „Das Leben im Bild“ und „Das Leben im Wort“
Bezugspreis für einen Monat: Bei der Geschäftsstelle 1.10 RM — Durch die Post bezogen 1.20 RM.

Schriftleitung: Wilh. Sauer in Hofleben.
Druck, Verlag und Briefadresse: Sauerische Buchdruckerei, Hofleben.
Geschäftsstelle in Nebra: Frau Kaufmann Weis, Markt 34/36.
Fernsprecher: Amt Hofleben Nr. 221. — Postfachkonto: Leipzig Nr. 22832

Anzeigen kosten: die 48 mm breite Millimeterzeile 6 Pf., die 60 mm breite Millimeterzeile im Reklameteil 20 Pf. Anzeigenannahme an Drucktagen bis 12 Uhr mittags.
Bankkonten: Stadtsparkasse Nebra — Bankverein Arttern.

Nr. 56

Sonnabend, den 9. Mai 1931.

44. Jahrgang

Selbsthilfe der Landwirtschaft.

Tagung des Deutschen Landwirtschaftsrats.

Berlin, 7. Mai.

Im ehemaligen Herrenhaus in Berlin trat der Deutsche Landwirtschaftsrat, die Spitzenorganisation der deutschen Landwirtschaft, als Gesamtsammlung der Landwirtschaftskammern zu seiner 61. Vollversammlung zusammen.
Die öffentliche Tagung wurde mit einer Rede des Präsidenten Dr. v. Brandes - Zuppen eröffnet. Er betonte, der Erfolg der künftigen Getreidepolitik müsse anerkannt werden, auch wenn es leider bisher nicht möglich gewesen sei, den Roggenpreis auf den Richtpreis von 230 RM zu bringen, von dem das Fortbestehen vieler Teile der deutschen Landwirtschaft abhängt.

Sehr viel ungünstiger seien die Viehpreise, und ein sehr trauriges Bild zeige die Präsentationsliste beim Vieh- und Gemüsehau und bei Butter. Der Preis für Mastferkelzuchtlinge habe allein für Ostpreußen einen Einnahmeverlust von 50 Millionen RM im letzten Jahre zur Folge gehabt. Das sei wahrscheinlich mehr, als die ganze Ostpreußen für Ostpreußen bringen werde.

Die Not des Ostens greift jetzt nach Mitteldeutschland, nach dem Westen und Süden über. Der Redner hob weiter hervor, daß sich die in ganz Deutschland bringenden notwendigen Maßnahmen bei den heutigen Verhältnissen wahrscheinlich überhaupt nicht durchführen lassen werde. Mit nur 13 Prozent der Tributverpflichtungen könnten die ganzen Steuern der Landwirtschaft der sechs Ostprovinzen abgedeckt werden.

Die Erkenntnis der Zusammenhänge zwischen Reparationen und Weltwirtschaftskrise allein helfe auch nichts, wenn nicht die Regierung die entsprechenden Konsequenzen ziehe. Zeit zu warten liege nicht mehr.

Durch die Forderung für Baumaterialien, Hofer Güter, Schiene und Fleisch liege, was darüber anerkannt werden müsse, ein Schritt nachwärts getan. Aber die erforderlichen Schritte lägen jetzt beim Butterpol, beim Obst- und Gemüsebau, bei den Spezialkulturen und in der Hilfe für die Landwirtschaft.

Reichsernährungsminister Schiele

überbrachte Grüße des Reichspräsidenten
Das Großereignis auf dem deutschen Roggenmarkt sei agrarökonomisch mit Erfolg beendet. Die Ursache der Preisniedrigkeit dürfe bei Fortsetzung der bisherigen Agrarpolitik als ausgeräumt gelten. Selbstverständlich gehe es alles, um die Versorgung des Volkes mit Brot zu erträglichen Preisen möglich zu machen. Aber die natürliche Grenze der Möglichkeiten liege in einem Roggenpreis, der der Landwirtschaft die Existenz sichere. Es werde also an der bisherigen Zollpolitik festgehalten werden müssen. Auf die Dauer liege keine Volksernährung so teuer wie die von den internationalen Märkten abhänge.

Jetzt, wo es darum gehe, der Landwirtschaft ihr Lebensrecht zu erkämpfen und den Grundhof der Berechtigung auch wieder für die Landwirtschaft durchzusetzen, jetzt könne es nur eine Parole geben: „Fort mit dem Parteiwahn, wo ihr ihn in euren Lager findet. Seht die gemeinsamen Kräfte des letzten Bauern und seiner politischen Führung ein an dem Brennpunkt des politischen Geschehens zur Rettung unseres gesamten Berufsstandes!“

Angenommen wurde eine Entschließung, in der wirksamere Preisstützung der Erzeugnisse der Viehwirtschaft und der Milchproduktion, sofortige Verdoppelung des Butterzolls, Lösung der internationalen Bindungen des Käsejolls, des Eierzolls und der wichtigsten Obst- und Gemüsejolle verlangt werden.



Abbau übermäßig hoher Vergütungen für Nebenämter der Beamten und Beschäftigung der örtlichen Behörden bei Anstellungen. Mit den Stimmen der Rechtsparieren und des Zentrums wird ein deutscher Antrag angenommen, umgehend staatliche Erhebungen darüber anzustellen, wieviel Angehörige des Zentrums seit dem 1. April 1920 im preussischen Staatsdienst zu Beamten ernannt oder befördert worden sind und wie sich diese Ziffern für den Dienstbereich der Zentrumsämter stellen. In die Ausschussberatung wird der Zentrumsantrag überwiesen, bei Reueinstellung von Beamten die Bewerber farblosigen Befehntnisses so lange zu bevorzugen, bis die zu Ungunsten der Katholiken bestehende Parität wenigstens einigermaßen als befriedigt angesehen werden könne.

Gegen die Beamtenhege.

Dr. Hoepfer-Mischoff verteidigt die Beamtenhege.

Berlin, 7. Mai.

Im Preussischen Landtag wurde am Mittwoch die zweite Beratung des Haushalts des Finanzministeriums fortgesetzt, wobei vor allem Beamtenfragen zur Erörterung kamen. Von sozialdemokratischer Seite wurde der Vorwurf zurückgewiesen, als betreibe die Sozialdemokratie

Futtertippentroll.

Vor dem Kriege seien von 423 Landräuten 238 adlig und sämtlich honorarisch gewesen. Jetzt seien von 400 Landräuten nur 65 Sozialdemokraten. Ein Beamter, der sich nicht als Republikaner bekenne, gehöre nicht in die Staatsverwaltung. Von sozialdemokratischer Seite wurde die Beamtenhege verteidigt, die die Grundlage des Staates darstelle. An ihren Rechten dürfe nicht gerüttelt werden.

Von Finanzminister Dr. Hoepfer-Mischoff wurde darauf hingewiesen, daß das Anwachsen der Pensionslasten eine Folge der vom Landtag früher beschlossenen Verbesserungen bei Pensionen usw. sei. Zurzeit seien etwa 1250 verwendungsfähige Vorräte in den Depots vorhanden.

Der Minister befahte sich dann mit den verschiedenen Angriffen, die gegen das Beamtenumgegend gerichtet worden seien, und legte eine Auffassung ab, als stelle die Beamtenhege eine unproduktive Bevölkerungsfrage dar. Volkswirtschaftlich gesehen liege die Kosten einer geordneten Verwaltung nichts anderes als Generalausgaben der Wirtschaft.

Das Riesendefizit.

Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1930.

Berlin, 8. Mai.

Das Reichsfinanzministerium veröffentlicht den Ausweis über die Reichseinnahmen und -ausgaben im Rechnungsjahr 1930 (Beträge in Millionen RM). Im ordentlichen Haushalt wurden im ganzen 10 263,2 (Jahresoll 11 632) eingenommen. Davon entfielen auf Steuern, Zölle und Abgaben 9024,9 (10 265,6). Ausgegeben wurden 11 251,8 (11 697,3). Mithin ist im ordentlichen Haushalt eine Mehrausgabe von 988,6 zu verzeichnen.

Im außerordentlichen Haushalt beliefen sich die Einnahmen auf 961,1 (1359) und die Ausgaben auf 451,2 (567,3), also eine Mehreinnahme von 510,7. Da der Fehlbetrag aus dem Vorjahre im außerordentlichen Haushalt 771,7 betrug, ergibt sich ein Fehlbetrag am Ende März 1931 von 261. Der Kassenbestand bei der Reichshauptkasse und den Außenstellen betrug am 31. März 79, der Stand der schwebenden Schuld am selben Tage 1709,5 gegenüber 1580,4 am 28. Februar.

Die deutschen Vorschläge.

Veröffentlichung der Rüstungsziffern abgelehnt.

Genf, 8. Mai.

Die französische Regierung hat dem Generalsekretär des Völkerbundes eine Note zur Weiterleitung an die Mitglieder des Völkerbundes übermittelt, in der zu den deutschen Vorschlägen auf uneingeschränkte Veröffentlichung der gesamten gegenseitigen Rüstungsziffern der Länder als Grundlage der Verhandlungen der kommenden Abrüstungskonferenz Stellung genommen wird. Die deutsche Regierung hätte in Ergänzung dieses Vorschlages dem Generalsekretär des Völkerbundes in allen Einzelheiten ausgearbeitete Tabellen überliefert, auf Grund deren die obligatorische Veröffentlichung der gegenseitigen Rüstungsziffern durch die einzelnen Regierungen erfolgen sollte. Nach den deutschen Vorschlägen werden diese Tabellen auf der Tagung des Völkerbundes zur Erörterung gelangen.

Die französische Regierung lehnt in ihrer Note die deutschen Vorschläge im großen ab. Sie verteidigt hierbei die Auffassung, daß eine Veröffentlichung der Rüstungsziffern keinen praktischen Wert für die Beurteilung der militärischen Stärke und der Rüstungsstärke der einzelnen Länder habe, da in erster Linie die Fähigkeit zur Rüstung der einzelnen Länder und die Entwicklung der Rüstungsindustrien geprüft werden müsse.

Die französische Regierung stellt sich auf den Standpunkt der englischen und fordert, daß die Veröffentlichung der Rüstungsangaben auf Grund der von dem vorbereitenden Abrüstungsausschuß ausgearbeiteten Tabellen erfolgen soll. Nach deutscher Auffassung ermöglichen diese Tabellen in keiner Weise eine Übersicht und Vergleichbarkeit der Rüstungs-

gen der einzelnen Länder und entziehen keineswegs dem deutschen Ziele, daß die Abrüstungskonferenz sich ein uneingeschränktes Bild vom Stand der Rüstungen machen müsse.

Briands Generalprobe.

Die neue Tagung der Pariser Kammer.

Paris, 8. Mai.

Die Pariser Kammer hat ihre Arbeiten nach der Osterpause wiederaufgenommen. Der Kampf um die Verabschiedung des Budgets war heiß. Aber das Kabinett hat damals sein Ziel erreicht. Inzwischen steht die innere französische Politik im Zeichen der Präsidentenwahl, die sich erst nach dem 13. Mai als Nationalversammlung versammeln wird.

Alles, was jetzt parlamentarisch in Paris geschieht, ist eine Generalprobe für diesen großen Staatsakt, der für die innere Politik Frankreichs in den kommenden sieben Jahren entscheidend werden kann.

Bei dieser Generalprobe wird die Hauptrolle Briand spielen, und von Erfolg dieser Generalprobe wird es abhängen, ob der Titelheld des Dramas am 13. Mai von demselben Mann gegeben werden wird wie jetzt. Tatsächlich entscheidet der Ausgang der großen außerpolitischen Aussprache die Präsidentenwahlkandidatur des französischen Außenministers. Wenn auch bis zur Stunde noch niemand sagen kann, ob Briand tatsächlich sich zur Wahl stellen wird, er selbst scheint es davon abhängig gemacht zu haben, ob er das Vertrauen der Kammer im weitesten Maße noch besitzt oder nicht.

Die Opponenten, die ihn auf keinen Fall ins Elisee einzulassen lassen wollen, sehen sich deshalb gezwungen, jetzt ihre stärksten Kräfte aufzuführen.

So wird Briand sehr leicht überlegen können, welche Kräfte gegen ihn leben und wieviel Truppen er auf sich selbst vereinigen kann. So wie gegenwärtig die politische Stimmung in den maßgeblichen Kreisen von Paris charakterisiert wird, ist jeder Zweifel darüber ausgeschlossen, daß tatsächlich Briand Triumphtor sein wird. Vieles, allzu vieles spricht sich für ihn, daß er selbst die Gelegenheit benutzen wird, um einen Wechsel in der Leitung der französischen Außenpolitik zu ermöglichen, ohne dabei seinen weittragenden Einfluss auf den politischen Kurs Frankreichs einbüßen zu müssen.

Neue Flottenverhandlungen.

Die Rückkehr des französischen Delegierten bei den Flottenverhandlungen wird in politischen Kreisen außerordentlich beachtet. Massigli nimmt nun, nachdem er sowohl mit dem Ministerpräsidenten Daladier wie auch mit Briand und dem Marineminister Weydier in Verbindung getreten ist, die Führung mit dem englischen und dem italienischen Delegierten wieder auf.

In der französischen Presse ist eine optimistische Note

spürbar.

Allerdings fragt man bereits besorgt, welche Zugeländnisse Frankreich den Engländern wohl machen werde, damit England das bei den Flottenverhandlungen konzediert, was es bisher verweigert hat.

Im Zeichen der Verständigung.

Befehl deutscher Polizeibeamten in Paris.

Paris, 8. Mai.

Eine Abordnung von 50 deutschen Polizeibeamten aus den großen westfälischen, rheinischen und hessisch-nassauischen Städten ist in Reims eingetroffen. Von der südlichen Polizeibehörde im Verein mit den Justizbehörden wurde ihnen im Rathaus ein Ehrentrunk gereicht.

Die deutschen Gäste haben noch am gleichen Tage ihre Reise nach Paris fortgesetzt, wo sie in den Abendstunden eintrafen. Das Landesinspektorat der Polizeibeamten von Frankreich und den Kolonien hat die deutschen Besucher zur Kolonialausstellung eingeladen und zur Teilnahme an dem in den nächsten Tagen in Tours stattfindenden internationalen Kongress. Die deutschen Gäste werden bereits am Sonntag wieder nach Deutschland zurückkehren.

Rumänische Schwierigkeiten.

Erniedrigung in Bukarest.

Die deutsche Art, in der die Reichsregierung der rumänischen Regierung zu verstehen gegeben hat, daß sie sich mit der Behandlung der Handelsvertragsfragen, die man in Bukarest beliebte, nicht abgeben vermag, hat in Rumänien sehr ernüchternd gewirkt. Zuerst waren es die rumänischen Wirtschaftskreise, die in klarer Erkenntnis der erheblichen Vorteile die Wiederannahme der Handelsvertragsverhandlungen selbst begrüßt hatten, und die nun aus ihrer Enttäuschung, ja aus ihrer Befürzung kein Hehl machen.

Dann aber hat man auch in politischen Kreisen erkannt, daß die Unbekümmertheit, mit der man das deutsche Entgegenkommen hinsichtlich des Verhandlungsortes und des Verhandlungstermins beiseite geschoben hatte, den denkbar ungünstigsten Eindruck machen muß, und faum war der Sturm etwas abgeebbt, den die Konferenz der kleinen Entente dank der Engherzigkeit des tschechoslowakischen Außen-